

Ms 200-245-1

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 7038/85	S. d. Ms 200/245
Rep. /	Kat. P <sub>o</sub>

BAYERISCHER RUNDFUNK  
Zeitfunk

Sendezeit: Dienstag, 7.2.56  
18.00-18.45

Wiederhlg.: Donnerstag, 9.2.56  
18.00-18.45 - Ukw -

Dieses Manuskript wird mit dem Einverständnis des Verfassers nur zum privaten Gebrauch weitergegeben. Eine andere Verwendung ist nicht erlaubt.

Dieses Manuskript ist nicht redigiert und nicht korrigiert

SÖNDERSENDUNG: Renazifizierung der Bundesrepublik

Verf. Helmut Hammerschmidt

Verehrte Hörer!

Diese Analyse gilt einer der unangenehmsten Erscheinungen unserer Gegenwart, in deren Beobachtung ich mir eine Art Fachwissen erworben habe. Es ist weder eine Marotte noch Ressentiment, wenn ich immer noch und immer wieder auf diese Erscheinungen hingewiesen habe, die schon mehrmals für unsere Existenz so ausserordentlich wichtig gewesen sind. Es ist vielmehr das Gefühl, daß man eine Entwicklung, die nur von einer verschwindenden Minderheit unseres Volkes gewollt, von der Mehrheit zwar abgelehnt, aber kaum wahrgenommen wird, zumindest als Chronist genau beobachten müsse, auch wenn man dafür manchmal des Anachronismus bezichtigt werden sollte. Wie viele verstaubte Anachronismen sind allein in allerletzter Zeit zu blinkenden Aktualitäten geworden!

Ich habe Ihnen für heute abend eine kleine Liste zusammengestellt. Es ist eine relativ harmlose Liste, sowohl nach ihrem Umfang als auch nach ihrem Inhalt, denn ich habe mir ausgerechnet, daß ich allein an einem Stichwortverzeichnis der 20 wichtigsten Vorfälle des letzten Vierteljahres, der haarsträubendsten Zitate aus einigen Gerichtsurteilen, aus etwa 40 verschiedenen periodischen Zeitschriften, etwa 80 neu erschienenen Büchern sowie aus Reden, die auf etwa 200 Kundgebungen und Treffen gehalten worden sind, sowie aus den Personalpapieren nur der schlimmsten Unholde, die nach ihrer Entlassung aus sowjetischer Haft unter uns promenieren - daß ich also an einem solchen Verzeichnis bis weit in den morgigen Nachmittag vorzulesen hätte. Hören Sie sich also bitte stattdessen eine Kurzfassung an, die den Vorzug hat, ausschliesslich Vorgänge zu enthalten, keine Zitate, nur Tatsachen, und Sie können dann urteilen, ob denjenigen Vorwürfe gebühren, die solche Tatsachen sammeln, oder denjenigen, die sie schaffen.

Institut für Zeitgeschichte	
ARCHIV	
Akz. 7038/85	Bd. Ms 200/245
Reg.	Kat.

Fangen wir mit den harmlosen Vorgängen an:

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein schützte in Gadeland bei Neumünster ein Bundestreffen der Entnazifizierungsgeschädigten vor Gegendemonstrationen.

In Lüchow fand eine Gedenkfeier für den verstorbenen Reichsarbeitsdienst-Führer Konstantin Hierl statt.

In Würzburg wurde beim Fallschirmjägertreffen das Horst-Wessel-Lied angestimmt.

In Goslar wurden beim Stahlhelm-Treffen Orden mit Hakenkreuz getragen.

In München richtete die Hiag, die Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen, einen Drohbrief an den Münchener Polizeipräsidenten.

Drohbriefe erhielt ebenfalls der Vorsitzende im Augsburger Huppenkoth-Prozeß.

In Mannheim verwies ein Ober farbige Studenten aus dem 08/15 Lokal. Er sagte: "Unser Lokal ist kein Hottentottenkral, sondern das Lokal der ehemaligen deutschen Frontsoldaten."

In Berlin wurden plötzlich die Millionenkonten ehemaliger Hazi-Größen entdeckt, darunter Görings, Kaltenbrunners, Leys, Goebbels, Fricks, Ribbentrops.

Professor Carl Clauberg ist zurückgekehrt. Ein Verfahren gegen diesen Mann, der an Sterilisations-Experimenten in Konzentrationslagern teilgenommen hat, wurde erst nach Protest des Zentralrates der Juden eingeleitet.

Der Sozialminister von Schleswig-Holstein ernannte einen ehemaligen Gaubeauftragten der NS-Reichsschrifttumskammer zum Referenten für Kunst und Kulturpflege.

Das Arbeitsamt Velbert ernannte einen ehemaligen Mitarbeiter Himmlers im Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums zum Direktor.

Die Münchner Universität berief einen engen Mitarbeiter Ribbentrops und langjährigen Hauptschriftleiter der NS-Monatshefte für auswärtige Politik auf den Lehrstuhl für Völkerrecht.

Oldenburgs Ex-Ministerpräsident und stellvertretender Gauleiter Joel zog in den Landtag ein. In Niedersachsens FDP-Führung arbeiten unter anderem: 1 Kreisleiter, 1 Oberstarbeitsführer, 1 HJ-Gebietsführer, 1 Goebbels-Adjutant, 1 alter Kämpfer von 1924, der NS-Oberbürgermeister von Brandenburg und 1 NSKK-Gruppenführer.

Sepp Dietrich, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, wurde aus Landsberg entlassen. Eine Bonner Presseagentur berichtet, daß er mit einem amerikanischen Luxuswagen durch die Gegend fahre.

Dr. Ernst Lautz, ehemaliger Oberreichsanwalt beim Freislerschen Volksgerichtshof, lebt 68-jährig in Lübeck und erhält 1.342 Mark Pension.

Der nationalsozialistische Oberbürgermeister Budde, Bielefeld, erhielt eine Nachzahlung von 21.000 Mark zugesprochen.

Der nationalsozialistische Bürgermeister Dr. Fagenkopf, Dortmund, SA-Obersturmbannführer, erhielt 42.000 DM nachgezahlt.

Walter Schröder, nationalsozialistischer Polizeipräsident von Lübeck, später SS-General in Riga, erhält eine Pension von DM 1.000.-

Der nationalsozialistische Bürgermeister von Osnabrück, Dr. Hans Wildgassen, erhält ein monatliches Ruhegehalt von DM 950.-

Karl Buck, ehemaliger KZ-Kommandant, wurde aus Werl entlassen. Er erhielt zunächst den Heimkehrer-Ausweis vom Regierungspräsidenten in Stuttgart.

Dem ehemaligen Generalfeldmarschall Schörner wird, noch ehe irgendein Straf- oder Disziplinarverfahren begonnen hat, vom bayerischen Verwaltungsgericht Heimkehrerentschädigung zugebilligt.

In Ansbach wird der SS-General Max Simon freigesprochen, der kurz vor dem Zusammenbruch zahlreiche Todesurteile bestätigt hat. Darunter auch Todesurteile gegen Beisitzer seiner eigenen Standgerichte, die sich vorher geweigert hatten, diesen Wahnsinn mitzumachen.

Die Dienststrafkammer beim Landesverwaltungsgericht Oldenburg bestätigt, daß ein ehemaliger NS-Kreisleiter, der beschuldigt wird, die KZ-Haft mehrerer Menschen verschuldet zu haben, als Lehrer geeignet sei.

Das Entschädigungsamt in Lübeck erklärte einer Frau, die im KZ Stutthof inhaftiert war. "Hätten Sie die Ausländer nicht mit Lebensmitteln unterstützt, wären Sie nicht ins KZ gekommen."

Eine Münchner Lehrerin übte mit den Kindern ihrer Klasse den Buchstaben "J": Als Kennsatz wählte sie: "Die Juden haben Jesus getötet."

Der Jurastudent Klaus Petri, Mitglied der "Deutschen Burschenschaft", rechtfertigte in einer Bonner Studentenzeitung die Konzentrationslager.

General a.D. Förtsch, Verfasser der "Pflichtenlehre für den hitlertreuen Offizier", wird 1955 vom Bundesverteidigungsministerium der NATO offiziell als Mitarbeiter für ein mehrsprachiges Buch über die NATO zugewiesen.

Hanns Johst, ehemaliger Präsident der Reichsschrifttumskammer, veröffentlichte im Frankfurter Pandion-Verlag seinen neuen Roman "Gesegnete Vergänglichkeit".

Im Göttinger Plesse-Verlag sind die Rosenberg-Memoiren unter dem Titel "Ideale und Idole der NS-Revolution" erschienen.

Helmut Sündermann, ehemaliger stellvertretender Reichspressechef und Verlagsleiter, veröffentlichte ein neues politisches Buch.

Die Gesamtauslieferung dieses Verlages, in dem unter anderem das skandalöse Buch des NS-Oberbürgermeisters von Berlin und Angriff-Chefredakteurs, Julius Lippert, erschienen ist, hat die MÜKO (Dr. Karl Hugendubel, München) übernommen.

Eine Zeitschrift bietet "zu Werbezwecken" Adolf Hitler-Gedenkaufsätze geheftet für 25 Pfennig an.

Hans Steguweit tritt wieder als Redner bei Dichterlesungen des "Deutschen Kulturwerkes" auf.

Der Plesse-Verlag in Göttingen, bekannt durch Herrn Schlüter, stellte Strafantrag gegen jene Verleger, die seinen Messestand in

Frankfurt entfernten, wo die Memoiren der Herren Klagges und Diels ausgestellt waren.

Die SS-Generale Gille und Steiner haben den Klageweg beschritten, um die Richtlinien des Personalgutachter-Ausschusses im Amt Blank anzufechten, nach denen die ehemaligen Angehörigen des Waffen-SS-Offizierkorps nicht wieder eingestellt werden sollen.

Auf dem Wenzelberg in Langenfeld bei Leverkusen wurde ein Denkmal für 72 dort von der Gestapo ermordete Häftlinge des Zuchthauses Lüttringhausen geschändet. Opferschalen wurden zerbrochen und Bronze-Inschriften herausgerissen.

Der ehemalige Reichsbühnenbildner Benno von Arent, 1932 SS-Sturmführer, NSDAP-Mitglied seit 1927, Antisemit und Gründer der "Kameradschaft deutscher Künstler" und "Kampfbundmitglied für deutsche Kultur" erhielt von Bonn den Auftrag für ein Plakat zum Kriegsgefangenen-Gedenken.

Soweit die Liste, die, wie gesagt, nur einen winzigen Teil jener Vorgänge enthält, die sich in aller Öffentlichkeit zugetragen haben. Internes ist darin überhaupt nicht erwähnt.

Lassen Sie mich nun einige Fragen behandeln, die etwas tiefer in die Problematik führen, tiefer jedenfalls als alle selbst noch so empörenden Tageserscheinungen, und lassen Sie mich an einem kleinen Beispiel erläutern, warum die Aktualität jetzt beiseite gelassen werden kann.

Als wir uns vor über drei Jahren in einer unserer ersten Rundfunksendungen dieser Art mit der Personalpolitik des neuen Auswärtigen Amtes beschäftigten und aus einer Reihe von grauenhaften Dokumenten zitierten, die von hohen und höchsten Beamten unseres Bonner Aussenamtes früher einmal verfasst worden waren, da hat es viele erstaunt zu hören, daß wir beileibe keine Detektivarbeit geleistet hatten. Unsere Quellen waren die jedermann zugänglichen Akten des alten auswärtigen Amtes. Es waren die durch den Namen Nürnberg völlig zu Unrecht diskriminierten Dokumente. Nicht die Prozeßprotokolle, sondern die deutschen Dokumente aus den deutschen Archiven, und davon wieder nur diejenigen, deren Echtheit von keiner Seite angezweifelt worden ist. Sie genügen vollauf zur Beurteilung gewisser Vorgänge und der daran beteiligten Personen, nur lassen Sie mich das hier auch noch

kurz erwähnen: es ist ein Unglück, daß diese Dokumente, die ja für sich selbst beurteilt werden müssten, von der Debatte über das Nürnberger Tribunalverfahren in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Über das Verfahren kann man streiten, über die allseitig, also auch von der Verteidigung anerkannten Dokumente aber nicht. Hier wäre eine Dokument-Zentrale wesentlich besser als jene, aus der die Alliierten jahrelang dem Trambahnschaffner und dem Postinspektor Fragebogenfälschungen nachzuweisen suchten, weil die NSV-Mitgliedschaft vergessen oder das Partei-Eintrittsdatum um ein halbes Jahr fehlerhaft angegeben worden war. Hier wäre eine Dokument-Zentrale, aus der man klare Unrechtsprinzipien erarbeiten könnte, die vor allem Auskunft über individuelle Verfehlungen gibt, über individuelle Verfehlungen, die an den wirklich entscheidenden Positionen begangen wurden. Hier wäre sie, aber man nutzt sie nicht.

Stattdessen haben wir mit der verfehlten Entnazifizierung jegliche Norm anrücklich gemacht und sind danach ohne jede wirkliche Bilanz kopfüber wieder ins Geschäft eingestiegen.

Was Wunder also, daß man auch die Bankrotteure von gestern wieder an ihre Schreibtische zurückgerufen hat, mit der Begründung, sie seien am besten geeignet, aus ihrem eigenen Durcheinander wieder herauszulavieren.

Ganz ähnlich ist es um die öffentliche Behandlung jener aktuellen Ereignisse bestellt, die wir unter dem Sammelbegriff Renazifizierung zusammenzufassen pflegen. Es sind in Wahrheit gar keine Neuigkeiten, sondern alte Geschichten - der normale Zeitungsleser erfährt nur davon entweder überhaupt nichts oder allein in so homöopathischen Dosen, daß er allenfalls wöchentlich für ein paar Minuten leicht erhöhten Pulsschlag verspüren wird. Erst in der Zusammenfassung wirken sie alarmierend.

Aber selbst diese Zusammenfassungen nützen nicht viel, solange wir uns nicht zumindest über einige primitive Begriffe einigen können.

Meine Hörer, ich habe zwei einfache Fragen. Erstens: Wer ist ein Nazi? Die Ehtnazifizierung stand unter dem Motto: An ihren Daten sollt ihr sie erkennen. Aber sie ist nicht nur in der Methode, sondern auch im Prinzip gescheitert. Und die zweite Frage: Wer darf welchen Posten nicht mehr bekleiden, wenn man Gefahren vermeiden will. Lassen Sie mich mit der Untersuchung der zweiten Frage beginnen:

Hier waren nach meiner Auffassung fünf Gesichtspunkte zu beachten: Erstens das Maß an persönlicher Schuld, Mitschuld oder Mitwisserschaft eines Mannes, der heute wieder verwendet werden will, zweitens die Wichtigkeit der Aufgaben, die er in der Vergangenheit zu erfüllen hatte,

drittens der Einfluß, den er durch seine neue Position nach der Wiedereinstellung gewinnen kann, und schliesslich zwei Gegebenheiten, die er zwar nicht persönlich verantworten muß, die aber wohl zum Berufsrisiko vor allem der Beamten gerechnet werden können:

Das ist einmal die sogenannte Optik, das heißt das Ansehen unseres Staates und die Tatsache, daß die Bürokratie hinter verschlossenen Türen zu arbeiten pflegt. Diese Dinge hätte man meines Erachtens berücksichtigen müssen.

So, und nun kommen wir wieder einmal zur Praxis. Ich möchte Ihnen erzählen, wie der Bayerische Rundfunk dazu gekommen ist, die Personalpolitik des wiedererstehenden Bonner Auswärtigen Amtes zu prüfen und als einen Skandal zu bezeichnen. Da begann also vor drei Jahren in Nürnberg, aber vor einem deutschen Schwurgericht, ein Prozeß gegen einen früheren Diplomaten. Der Mann hieß Rademacher und war der Judenreferent im Auswärtigen Amt. Schon die erste Woche der Verhandlung, die im übrigen lahm und beinahe langweilig war, förderte eine halbvergessene Sensation zutage: den dokumentarischen Beweis für die Mitschuld des alten Auswärtigen Amtes. Es wurde da zum Beispiel aufgrund eindeutiger Dokumente bewiesen und von widerstrebenden Zeugen zugegeben, daß die Behörde in der Berliner Wilhelmstrasse immer dann, wenn irgendwelche Maßnahmen gegen ausländische Juden eingeleitet werden sollten, von der zuständigen SS-Behörde gefragt worden war. Denken Sie jetzt nicht an die wenigen 10.000 jüdischen Ausländer in Deutschland, sondern an die Juden in allen Ländern, die von Deutschland besetzt worden sind. Das Auswärtige Amt wurde gefragt, und noch mehr, vor dem deutschen Schwurgericht wurde bewiesen, daß die seltenen und manchmal zynisch begründeten Einsprüche der Diplomaten tatsächlich in allen Fällen berücksichtigt worden sind. Nur, Sie können diese Einsprüche an Ihren Fingern abzählen. In der Regel wurde die Bemerkung "kein Einwand" protokolliert. -



So viel zunächst über einen Teil der Schuld des alten Amtes. Ich sagte Ihnen, daß die erste Woche dieser Gerichtsverhandlung gegen den ehemaligen Judenreferenten der Wilhelmstrasse langweilig gewesen sei. Das änderte sich aber mit einem Schlage. Naturgemäss bestand die Zeugenschaft dieses Prozesses vornehmlich aus Diplomaten, solchen, die noch nicht wiedereingestellt waren, und anderen, die schon wieder arbeiten konnten.

Beide unterschieden sich zwar nicht wesentlich in ihrem Erinnerungsvermögen, aber der Angeklagte war durch Dokumente bereits so belastet, daß jedenfalls er selbst nicht mehr zu retten war. Die Diplomaten im Zeugenstand begannen, sich von ihm zu distanzieren. Einige erklärten, daß das Judenreferat nur ein Geschwür am sonst sauberen Körper des Auswärtigen Amtes gewesen sei, als hätten nicht auch die anderen Abteilungen nachweislich an zahlreichen Untaten teilgenommen. Da kam es zu einem Zwischenfall. Der Angeklagte wurde gerade zum Thema der Liquidation einer Gruppe ungarischer Juden vernommen, ein Dokument zeigte Tag und Stunde der Vollstreckung an. Das Auswärtige Amt hatte auf die übliche Anfrage die fast gewöhnliche Antwort gegeben, daß gegen eine "Sonderbehandlung" nichts einzuwenden sei. Dem angeklagten Judenreferenten wurde das vorgehalten. Er behauptete, nicht gewusst zu haben, was "Sonderbehandlung" gewesen sei. Da zog der Staatsanwalt plötzlich ein Aktenstück aus dem Berg seiner Papiere und legte dem Angeklagten eine Devisenquittung vor, in der er persönlich bestätigt hatte, daß er zur fraglichen Zeit nach Ungarn gefahren war. Und als Grund hatte er hingeschrieben: Liquidation von Juden.

Verehrte Hörer, ich erzähle Ihnen diesen widerlichen Kriminalroman, weil bis zu diesem Prozeßtag niemand, nicht die Bundesregierung, nicht die Presse, nicht das Parlament - das sich damals schon zum zweiten Male in einem Untersuchungsausschuss mit der Personalpolitik des neuen Auswärtigen Amtes zu befassen hatte, weil bis dahin niemand wusste, daß die sogenannten Geldakten des alten Amtes, denen diese Devisenquittung entnommen war, überhaupt noch existierten. Die Bürokratie des Auswärtigen Amtes, die sie auf den Tisch des Staatsanwalts gezaubert hat, war schon damals stärker als alle Kontrollinstanzen. Und ich erzähle Ihnen davon, weil am selben Prozeßtag der Verteidiger explodierte und erklärte, das neue Auswärtige Amt habe ihn gebeten, größtmögliche Diskretion walten zu lassen,

und nun schieße es seinen Mandanten von hinten ab. Danach erfuhr man, ein Beobachter des Bonner Aussenamtes habe auch Staatsanwalt und Gericht zu vorsichtiger Prozeßführung veranlassen wollen.

Daraufhin haben wir unsere Sendungen geschrieben. Wenn man sie in ein paar Sätzen zusammenfassen will, so haben wir damals rund zwei Dutzend Leute mit vollen Namen genannt, die, wie wir aus Dokumenten nachwiesen, schwer belastet waren. Einer hatte die berüchtigten Weißbücher Ribbentrops geschrieben, einer hatte als Rechtsreferent damit zu tun, die Antikominternpakt-Staaten an die Judenpolitik des deutschen Reiches zu binden. Diesen Mann hat man übrigens bei seiner Wiedereinstellung zum Wiedergutmachungs-Referenten des neuen Auswärtigen Amtes gemacht! Einer hatte die Korrespondenz mit der SS-Führung über Deportation und Geislerschiessungen zu führen, einer hat persönlich einen grauenhaften Deportations-Vorschlag gemacht.

Meine Hörer, Sie können das alles nachlesen, wenn Sie wollen. Für mich ist das nur wichtig, weil ich gern ein Prinzip diskutieren will. Wir haben damals gesagt und sagen noch heute: die strafrechtliche Schuld oder Unschuld dieser Beamten interessiert uns nicht. Sie mögen mit ihrem Gewissen ruhig schlafen gehen, aber in leitende Positionen, und noch dazu an derselben Maschine, gehören sie alle nun wirklich nicht. Ich gehe noch einen kleinen Schritt weiter und möchte sagen: wer damals auch nur gewisse Kenntnis gehabt hat, wer zum Beispiel die furchtbaren Liquidationsmeldungen der sogenannten SS-Einsatzgruppen gegenzuzeichnen hatte und heute im selben Amt weiterarbeiten will, der hat sich allein dadurch charakterlich disqualifiziert.

Was heißt das aber nun für die Praxis? Das Auswärtige Amt mag zwar ein Beispiel sein, ein trauriges Beispiel, aber wir haben Innenministerien, Verkehrsministerien, Vertriebenenministerien, in denen es nicht besser aussieht. Wo soll man anfangen, wo die Grenzen ziehen. Die unsinnige Entnazifizierung hat zwischen formal Belasteten, anständigen Menschen und den persönlich Schuldigen höchstens insofern einen Unterschied gemacht, als die Schuldigen für den Schluss, das heißt für die Amnestie aufgespart wurden. Und sie hat die wenigen Schuldigen lediglich wild durcheinandergewirbelt. Der ehemals

fanatische Zwölfender-Unteroffizier wird aber kein guter Oberlehrer sein, der Gauamtswalter kein guter Justizreferent, der Rassebiologe kein vertrauenswürdiger Hochschulprofessor. Was ist also tragbar und was nicht?

Es ist wohl klar, daß die sogenannte Formalbelastung heute keine Rolle mehr spielen kann, sondern daß die Haltung und Handlungsweise beurteilt werden müssen. Ausnahmen sind vielleicht nur die Schlüsselpositionen und jene Fälle, in denen man an der Massierung ehemaliger Parteifunktionäre erkennen kann, daß notwendige Vorsichtsgebote bewußt übergangen wurden. Ein Beispiel ist das Ministerium Oberländer. Ein paar Leute haben sich darüber aufgeregt, daß der Bayerische Rundfunk diesen ehemaligen SA-, SS- und Parteifunktionären ihre Formalbelastung vorgeworfen habe, jetzt, zehn Jahre danach. Das ist aber gar nicht geschehen. Kein Wort wurde gegen diese Leute gesagt, unter denen sich immerhin ein HJ-Bannführer, ein hauptamtliches SA-Sturmführer, ein Gauamtsleiter, Reichspropaganda-Redner und Träger des Goldenen Parteiabzeichens befanden und meines Wissens noch befinden. Der Angriff richtete sich vielmehr gegen Herrn Oberländer selbst, der ja einiges wiedergutzumachen hat und nicht eine ganze Phalanx von ehemals Aktiven in sein Ministerium berufen durfte. Und wir haben hier immer wieder gefragt: wer will behaupten, daß es 1955, 1956 unmöglich sei, einige tausend intelligente, charakterstarke politisch saubere Männer und Frauen für unsere Spitzenstellungen zu finden? Einige tausend in einem 50-Millionen-Volk? Nur ein kleiner Teil unserer Bevölkerung war in der NSDAP organisiert, und selbst von diesen Menschen hat die überwiegende Mehrheit keinerlei Schuld auf sich geladen. Weshalb also suchte man sich zum Aufbau des neuen Rechtsstaates vornehmlich persönlich belastete Mitarbeiter aus?

Übrigens ein Beispiel zum Thema Rechtsstaat: der am schwersten belastete Beamte des Auswärtigen Amtes, der nach unserer Sendung entlassen worden war, hat die Bundesregierung verklagt und er hat seinen Prozeß gewonnen. Soviel ich weiss deshalb, weil das Gericht nicht ganz zu Unrecht darauf hingewiesen hat, daß die Bundesregierung ja wissen konnte, wen sie 1951 wiedereinstellen wollte. Es ist eine Tatsache, die gerade in letzter Zeit von den höchsten Gerichten der Bundesrepublik bis zur Verstandsspaltung demonstriert worden ist, daß wir den fehlerhaften Aufbau eines Rechtsstaates jetzt nur noch mit rechtsstaatlichen Mitteln korrigieren können.

Das heißt: mit Gesetzen. Aber wo bleiben diese Gesetze? Genügt es vielleicht noch nicht, wenn ein Offizier, der kurz vor Toresschluß ein paar Menschen aufgrund eines verbrecherischen Befehls umgebracht hat, das Gericht als freier Mann verlässt, weil er das Verbrecherische dieses Befehls angeblich nicht erkannte - daß er nun also Entschädigung für Untersuchungshaft, vielleicht noch Heimkehrergeld und gewiß 800 Mark Offizierspension erhalten kann, während die Witwen der Ermordeten aus dem Zeugenstand nach Hause gehen, um bei 120 Mark Rente weiter über den Rechtsstaat nachzudenken? Genügt das alles noch nicht?

Es ist eine Tatsache, daß das Volk mit allen, was Nationalsozialismus heißt, nichts mehr zu tun haben will. Der Fehler ist nur, es muss auch wirklich Nationalsozialismus heißen. Vielleicht wird das wieder an einem Beispiel deutlicher erkennbar:

Sie erinnern sich vielleicht der Tage, in denen eine Mannschaft der Bundesrepublik die Fußballweltmeisterschaft errang. Die siegreiche Mannschaft wurde damals von München als erster deutscher Stadt offiziell empfangen. Am Abend dieses denkwürdigen Tages fand eine Feier im Löwenbräukeller statt. Dabei hielt ein Sportfunktionär eine skandalöse chauvinistische Rede. Während dieser Rede wurde die Übertragung im Funkhaus kurzerhand abgestellt. Ich kann Ihnen nicht sagen, was darauf passierte. Unsere Telefonleitungen waren verstopft, wir erhielten aus dem ganzen Lande, zum Teil von ganz einfachen Leuten, die ihre Groschen für teure Ferngespräche geopfert hatten, empörte Anrufe. 480 Briefe und einhundert Telegramme kamen. Die übelsten haben wir in unserem Büro aufgehängt. Was meinen Sie, in wie vielen dieser Briefe stand, daß wir zu spät abgeschaltet hätten? In zweien. Und nun die Kehrseite. Am nächsten Tag brachten wir einen scharfen Kommentar, in welchem wir sagten, was wir bei dieser abgeschalteten Rede empfunden hatten. Wieder strömten die Briefe. Und nun war das Ergebnis umgekehrt. 80 Prozent der Absender gaben uns recht. Man muß noch zu vielen Menschen sagen, woran sie bei solchen Gelegenheiten denken sollen, bevor sie ihr endgültiges Urteil fällen, von selbst erkennen sie das auch heute noch nicht!

Unser schwierigstes Hindernis ist offenbar, daß es den Nationalsozialisten zwar gelungen ist, den Nationalsozialismus zu einem Schreckensbegriff zu machen, aber eben nur als Begriff, und allenfalls in einigen seiner Methoden. So mancher hat doch noch heute

keine Ahnung davon, daß Konzentrationslager, Judenverfolgung und Euthanasie, Einrichtungen und Maßnahmen, die zweifellos von der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes abgelehnt werden, nichts weiter als Methoden sind, die aber allein aus einer bestimmten Geistesentwicklung entstehen konnten, welche schon lange vor dem Nationalsozialismus ihren verbildenden Einfluß ausgeübt hat. Und da liegt die Schwierigkeit der Begriffsbestimmung.

Ich habe einmal zur Kontrolle meiner eigenen Auffassungen Untersuchungen darüber angestellt, ob und inwieweit sich einige ehemalige Nationalsozialisten geändert haben. Damals erhielt ich neben vielem anderen einen Bericht, der diese Untersuchung eigentlich beendet hat, weil er mich davon überzeugte, daß sie keine exakte Grundlage hatte. Dieser Bericht besagte, daß einem Beamten die offizielle Beschwerde eines südöstlichen Nachbarlandes über schlechtes Benehmen deutscher Besucher vorgelegt worden sei. Der Beamte habe diese Beschwerde mit folgender Bemerkung weitergegeben: die Leute im Nachbarland müssten eben begreifen, daß ihr Volk nur ein Volk zweiter Ordnung sei. Das scheint seiner Überzeugung entsprochen zu haben. Dazu müssen Sie aber nun wissen: Der Mann war kein PG. Er würde jedem eine Beleidigungsklage anhängen, der ihn Nazi schimpfte, und er hätte damit sogar recht.

Ich will damit sagen, daß fast jeder, der vor neuen Fehlentwicklungen warnen will, heute vor einem schwierigen Dilemma steht. Wir haben uns aus Gründen der Zweckmäßigkeit daran gewöhnt, gewisse Erscheinungen mit dem Begriff des Nationalsozialismus zu verbinden. Das ist erstens falsch und zweitens gefährlich. Sogar der politisch Unerfahrene kommt zu dem Schluß, daß da irgend etwas nicht stimmen könne, weil doch nicht einmal die früheren Nazis wieder so etwas wie den Nationalsozialismus wollten, denn der Unerfahrene denkt nur an den Nationalsozialismus in Reinkultur, und dessen Ausdruck sieht er in den schon erwähnten Gewaltmethoden. In Wahrheit ist eine bestimmte Geisteshaltung gemeint, die schon viel früher da war als der Nationalsozialismus. Aus ihr ist der Nationalsozialismus gewachsen. Und diese Geisteshaltung beobachten wir nach wie vor. Wir kennen das doch alle: der Deutsche ist angeblich tüchtiger als der Franzose, ehrlicher als der Engländer, kultivierter als der Amerikaner, zivilisierter als der Russe und die Ostländer, großzügiger als der Schweizer, Holländer, Däne und die übrigen Kleinstaatler,

er ist härter als alle anderen zusammen, nur menschlicher als jene ist er selbst nach seiner eigenen Auffassung nicht. Aber das spielt bei uns keine Rolle, wir überlassen den anderen ihre Humanitätsduselei. Bei uns muß Einheitlichkeit herrschen, Stärke und Quadratkilometerzahlen sind unsere Idole, die auch vorübergehend nur schlecht durch brillante Konjunkturbarometer verdrängt werden können. Bei uns kann man stets durch Berufung auf den sogenannten Frontgeist, den Geist des Ausnahmezustandes, meine Hörer, menschliche Regungen unterdrücken. Bei uns ist man immer fest entschlossen, auch wenn man keine Ahnung hat, wozu. Und es herrscht Ordnung. Sind Ihnen die Fünfjahresergebnisse der Meinungsforschungs-Institute bekannt? Ich möchte hier nur von jenen zwei oder drei Ergebnissen aus einer Zahl von mehr als hundert sprechen, die durch vielfache Gegenproben unbezweifelbar erwiesen sind. Was sagt der Deutsche heute zum Weimarer Staat und über die Gründe des nationalsozialistischen Erfolges 1933? Er sagt, eine überwältigende Mehrheit sagt, Weimar sei der Staat der Unordnung, des Parteihaders, der Korruption gewesen. Hitler habe die Ordnung gebracht, Ordnung, meine Hörer, ich glaube, 90 Prozent, darunter spätere Gegner des Nationalsozialismus, haben das gesagt. Das Argument steht weit oben an der Spitze. Um der deutschen Sehnsucht nach Ordnung willen sind wir in die grösste Unordnung unserer Geschichte geraten. Und vergessen wir nicht, diese Antworten werden heute gegeben. Fast niemand hat mit sozialen Gründen, etwa mit der Arbeitslosigkeit, gegen Weimar und für Hitler argumentiert. Und, bitte beachten Sie das, nicht ein Prozent erwähnte die Freiheit.

Sehen Sie, nun beginnt sich der Teufelskreis zu schliessen. Ich sagte vorhin, unsere Beamtenschaft, unsere politische Spitze sei verseucht, nicht spezifisch nationalsozialistisch, wie ich nun hinzufügen kann, weil der Nationalsozialismus nach meiner Meinung weder als Idee noch als Methode, ja nicht einmal im wissenschaftlichen Sinne als ein Schema für eine spezifische Denkart bezeichnet werden kann, sondern allenfalls als eine Verpackung für ein Konglomerat unterschiedlichster Gemüts- und Verstandesentgleisungen. Falsch verstandener Hegel und Nietzsche spielen dabei ebenso eine Rolle wie Wagnersche Schwulstmystik, Machiavelli und die Geographie, dazu der Neid und der Ordnungssinn, Mut auf Geheiss und mangelnde Zivilcourage.

Ich meinte ferner, wir könnten mit den rechtsstaatlichen Mitteln gegen den Mechanismus dieser Fehlentwicklung nichts ausrichten, bestenfalls Auswüchse beschneiden. Unsere Aufgabe liege darin, die Kontrolle zu behalten. Wenn Sie wissen wollen, was das heißt, dann lesen Sie bitte die Testergebnisse zum Stand der politischen Reife unseres Volkes. Zehn Fragen wurden gestellt über Jahre hinweg jeweils in Abstand von ein paar Monaten. Dem Schwierigkeitsgrad dieser Fragen können Sie an einigen Beispielen messen. Da war eine Frage ob auch im Landkreis oder Stadtkreis des Befragten ein Abgeordneter zum Bundestag gewählt worden sei, ob man wisse, wer die Gesetze mache, Bundesregierung oder Bundestag, was CDU und SPD heiße. Zehn derart kindisch leichte Fragen, aber mehr als sieben wurden nur von rund 10 Prozent richtig beantwortet. Und es ist erstaunlich, wie präzise diese Befragung noch über eine andere Tatsache Auskunft gibt: immer auf Seiten der politisch Ungebildeten werden auch die radikalsten politischen Ansichten geäußert. Wie kann man also diesen Teil unseres Volkes zum Wächter seiner eigenen Freiheiten machen, diesen Teil, der noch immer nicht kritisch sein will und den man wahrscheinlich zum Ungehorsam erst abkommandieren müsste!

Hier aber erwächst uns nun eine Gefahr, von der ich überhaupt noch nicht gesprochen habe, die ich hier auch nur ganz kurz erwähnen will, weil ihre genaue Beschreibung wahrscheinlich eine Doktorarbeit erfordern würde. Es ist die Gefahr, daß die Jugend, die demnächst zwei Generationen unseres Volkes ablösen wird, noch vorher vom Geist der Vergangenheit infiziert und ebenfalls engstirnig werden könnte. Infiziert in der sogenannten Schule der Nation, in den Streitkräften, die wir jetzt aufbauen wollen. Auch hier zeigt sich jetzt schon ein ähnliches Bild, wie wir es beim Aufbau unserer Zivilverwaltung beobachtet haben. Die Entwicklung begann mit einem leeren Blatt Papier, ohne Bilanz also, ohne eine saubere Trennung von ehemals Verführten und Verführern, ja selbst ohne abstrakte Schuldfeststellungen. Meine Hörer, ich begegne immer wieder, auch bei Menschen, die nachweislich willens sind, sich mit der Vergangenheit kritisch auseinanderzusetzen, einem geradezu kindlich ungläubigen Erstaunen, wenn ich Dokumente, deutsche Dokumente zitiere, aus denen die Beteiligung hoher Wehrmachtsangehöriger an ganz eindeutigen Straftaten ersichtlich wird. An Deportationen, Massenliquidationen,

Raub, Mord, also Straftaten, die sogar nach nationalsozialistischem Militärrecht verboten waren. Es ist doch nicht zuviel verlangt, wenn man fordert, daß so etwas sich nicht wiederholen darf, wenn man sagt, daß wir die Schuldigen bestrafen müssen und auf keinen Fall noch einmal verwenden dürfen, falls die These von der Schuld einiger weniger überhaupt noch einen Sinn haben soll.

Wenn aber unsere Jungen demnächst vielleicht bei den Traditionsfeiern einiger hundert Veteranenverbände Spalier stehen werden, wo man das Hakenkreuz an Eisernen Kreuze trägt, wo Menschen von Schlage eines Kesselring ihre Rechtfertigung betreiben, wo der Wiking-Ruf der Waffen-SS verbreitet wird, wo für die Breda-Häftlinge Sammlungen veranstaltet werden, weil sie ja neuerdings Kriegsverurteilte, keine Mörder sind, sagen Sie mir, welches Volksschul- oder Gymnasiasten-Hirn soll dann noch entscheiden, ob Adolf Hitler nicht vielleicht doch für Europa zum Teufel gegangen ist? Die kommunistische Drohung - auch ein Riesenskapitel für sich - und die militärtechnische Erziehung bringen schon hinreichend Gefahren. Der Antikommunismus, weil er längst schon selbst kollektive Züge angenommen hat und weil sich auch hier schon sehr früh die Fachleute von gestern eine leichte Legimitation versprochen.

Die militärische Ausbildung ist gefährlich wegen ihres Hanges zur Tradition, wegen ihres Wahns, daß man das notwendige Training von Körper und Sinn, die Kniebeugen und Kehrtwendungen zur Weltanschauung machen sollte. Da liegt meines Erachtens die allergrößte Renazifizierungsgefahr, wenn Sie mir noch einmal gestatten, dieses an sich falsche Schlagwort zu benutzen. Wenn diese Gefahr nicht gebannt werden kann, dann wäre die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik in der Tat eine der größten Widersinnigkeiten unserer Geschichte gewesen. Diejenigen, die sie bannen wollen, haben aber drei wichtige Pfänder in der Hand:

das eine ist die Tatsache, daß man bei uns im Gegensatz etwa zur Sowjetzonenrepublik offen über alle Dinge sprechen kann, die den Staat auf einen Weg des Unrechts treiben. Das zweite Pfand ist die Tatsache, daß das Parlament sich wirklich bemüht, die Wiederholung alter Fehler möglichst zu vermeiden. Es tut das, weil es weiss, daß drittens eine überwältigende Mehrheit unseres Volkes diese Wiederholung keinesfalls will, und daß es genügend Menschen und Institutionen gibt, die diese Mehrheit auf gefährliche Parallelen aufmerksam machen können. Darauf zu achten, daß dies geschieht, scheint mir unser aller Aufgabe zu sein, damit wir uns in Zukunft ohne Stolz, aber auch ohne Scham in dem Bewußtsein unserer Werte und Schwächen aufrechte Deutsche nennen können.